Gesellschaft für Informatik

GroKo plant zu wenig für digitale Bildung

[12.03.2018] Als nicht ausreichend bewertet die Gesellschaft für Informatik (GI) die von der großen Koalition vorgesehenen Investitionen in die digitale Bildung: Vier weitere Ziele müssten den Koalitionsvertrag verbindlich ergänzen.

Die geplanten Investitionen der großen Koalition in die digitale Infrastruktur an Schulen (wir berichteten) reichen nicht aus. Diese Kritik äußert jetzt die Gesellschaft für Informatik (GI). Gerade bei der Lehrerbildung bestehe erheblicher Nachbesserungsbedarf. „Dass Bundesländer, um Geld aus dem Digitalpakt zu erhalten, die erforderliche Qualifikation der Lehrkräfte gewährleisten müssen, ist zu begrüßen. Denn digitale Bildung kommt nicht mit dem Möbelwagen“, erklärt Professor Torsten Brinda, Sprecher des GI-Fachbereichs Informatik und Ausbildung/Didaktik der Informatik. „Der Fokus der großen Koalition auf Ausstattung und Infrastruktur ist zu kurz gedacht. Die unangenehme Wahrheit ist: Der Handlungsbedarf bei der Lehrerqualifikation ist enorm.“ Die Aus- und Weiterbildung von Lehrern in Bezug auf digitale Medien reiche nicht aus. Schulen brauchen laut Brinda auch Lehrkräfte mit fundierter informatischer Qualifikation. „Wir können nicht erwarten, dass alle Lehrerinnen und Lehrer die gesellschaftlich erforderliche informatische Bildung zusätzlich in ihre Fächer integrieren können oder wollen.“ Ferner brauche es ein Pflichtfach Informatik. Inhalte und Kompetenzen der Informatik und Medienbildung müssten laut GI verknüpft und in Form von Pflichtzeiten in den Curricula aller Schulformen verankert werden. Brinda: „Unser Ziel muss es sein, die Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, die Zusammenhänge der digitalen Welt zu durchdringen. Nur so können sie diese aktiv gestalten und mehr als passive Konsumenten von Technologien werden. Nach meiner Überzeugung können wir das auf absehbare Zeit in der Breite nur erreichen, wenn wir ein Pflichtfach Informatik einführen, das die fächerintegrierte Medienbildung ergänzt.“ Die GI fordert, dass Bund und Länder diese beiden Ziele ergänzend zu den im Koalitionsvertrag skizzierten Maßnahmen zum Lehren und Lernen mit digitalen Medien verbindlich festlegen. Außerdem brauche es verpflichtende nationale Bildungsstandards für Informatik auf Basis eines Länderkonsenses. Diese Standards sollten laut GI festlegen, welche informatischen Kompetenzen von allen Schülern mindestens erreicht werden müssen. Umgesetzt werden müsse der Konsens dann in den Ländern. Als weiteres Ziel fordert die Gesellschaft einen konkreten Zeitplan und die Überprüfung der Kompetenzen: Bund und Länder müssen sich darauf verständigen, bis zu welchem Zeitpunkt Schüler die zuvor vereinbarten informatischen Kompetenzen erwerben werden. Unabhängig vom Organisationsmodell informatischer Bildung, ob Pflichtfach oder fächerintegriert, sollten einheitliche nationale Standards als Evaluationsgrundlage dienen.

(ve)

Stichwörter: Schul-IT, Politik, Gesellschaft für Informatik (GI)